

AL Info⁴ 18

2 Zwei Köpfe kürzen anstatt die Stadtverwaltung gezielt zu reorganisieren: Hintergründe zur „7 statt 9“ Initiative.

4 In Zürich grassieren die Zweitwohnungen und Business-Apartments. Was unternimmt der Stadtrat?

5 Auch in Wetzikon gibt es eine linke Alternative, die Unruhe in den Kanton Zürich bringt.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Kantonsratswahlen: Wir wollen zulegen

«Starre Rituale und erstarrte Politik prägen die Arbeit im Kantonsrat. Parlamentsarbeit ist Knochenarbeit und verlangt viel Geduld. Diese aufzubringen fällt einem nicht immer leicht.» Mit diesen Sätzen leitete ich einen Bericht aus dem Kantonsrat für das AL-Info ein. Heute, fünf Jahre später und nach fast vier Jahren eigenständiger AL-Fraktion im Kantonsrat, sind die starren Rituale immer noch gleich starr.

Uns können diese Rituale Wurst sein, denn sie sind nicht relevant. Viel wichtiger sind unsere kritischen und eigenständigen Stimmen im Kantonsrat. In den vergangenen Jahren haben wir es als kleine Fraktion geschafft, die erstarrte Politik der grossen Parteien aufzumischen – im Rat und in den Kommissionen. Wir werden zwar von den Grossen (SVP, FDP und SP) nach wie vor belächelt. Ganz geheuer sind wir ihnen aber nicht, weil wir uns vom Establishment nicht einschüchtern und von Lobbys nicht verbiegen lassen. Wir sorgen in vielen Themen für Transparenz und legen den Finger auf den wunden Punkt. Gleichwohl: es ist nicht immer angenehm, zu verlieren. Geduld und langer Atem sind, wie ich bereits vor fünf Jahren geschrieben habe, wichtige Eigenschaften für AL-Politikerinnen und -Politiker.

Zwei Sitze mehr sind realistisch

Parlamentsarbeit in Gemeinde- und Kantonsrat ist Knochenarbeit. Es ist viel «Chrampf» und wenig Ehre. Und trotzdem: es ist nicht nur «Chrampf». Parlamentarierinnen und Parlamentarier

können sich einmischen, können mitbestimmen und Einfluss nehmen. Auf den Kantonsrat umgemünzt bedeutet dies: Gesetze, Budget und Richtpläne mitgestalten. Je mehr Köpfe unsere Fraktion umfasst, desto besser können wir die Arbeit auf die einzelnen verteilen. Es ist mir darum ein grosses Anliegen, dass die AL bei den nächsten Wahlen kräftig zulegt. Zwei zusätzliche Sitze sind realistisch, noch mehr Sitzgewinne wären besser. Mehr Köpfe bedeutet, dass wir in mehr Kommissionen vertreten sind. In den Kommissionen wird die eigentliche Arbeit gemacht, fliessen die wichtigen Informationen zusammen. Mit mehr Köpfen können wir die rechte Dominanz effizienter brechen.

Für einen solidarischeren Kanton

In der kommenden Legislatur werden wichtige Weichen in der Kultur- und Gesundheitspolitik gestellt. Wir möchten nicht nur ein paar «Brösmeli» für die Kultur aus dem Lotteriefonds, sondern eine verlässliche und grosszügige Finanzierung der Kultur aus dem ordentlichen Budget. Wir wollen keine Gesundheitspolitik, die den Privaten in die Hände spielt und jährliche Prämienerhöhungen zur Folge hat. Weiter braucht es neue Ansätze in der Verkehrs- und Bildungspolitik. Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende sollen ins Zentrum rücken, der öffentliche Verkehr muss innovativer und bezahlbarer werden. Bildung muss für alle zugänglich sein. Wir müssen den aktuellen Trend, dass je länger je mehr



Judith Stofer ist Kantonsrätin der AL

für Bildungsangebote kostendeckende Beiträge erhoben werden, stoppen. Kurz und gut: wir wollen einen solidarischeren Kanton Zürich. Um dies zu verwirklichen, müssen wir zusätzliche Sitze im ganzen Kanton gewinnen.

Judith Stofer, AL Kantonsrätin

Finanzen

Der Wahlkampf geht los! Damit wir mit Biss dran bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende:
Alternative Liste Zürich,
PC 87– 63 811– 5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Parolen

Abstimmungen vom 23. September 2018

BUND

Bundesbeschluss über die Velowege
(Gegenvorschlag zur Veloinitiative) **JA**

Volksinitiative «Fair-Food-Initiative» **JA**

Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» **JA**

KANTON

Volksinitiative «Film- und Medienförderungsgesetz» **JA**

Volksinitiative «Wildhüter statt Jäger» **NEIN**

Volksinitiative «Stoppt die Limmattalbahn - ab Schlieren!» **NEIN**

STADT ZÜRICH

Volksinitiative «7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» **Nein**

Erweiterung der Fernwärmeversorgung in der Stadt Zürich **Stimmfreigabe**

Termine

Samstag, 22. September Demo für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung in Bern.
Abfahrt Extrazug 12:14 Uhr Zürich HB.

Dienstag, 25. September 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag 30. Oktober 19 Uhr AL-Vollversammlung

Alle aktuellen Termine auf www.al-zh.ch/termine oder auf facebook.com/ALZuerich.

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch,
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano, Nadim Chammas

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Attilio Stoppa, Marco Toscano, Nadim Chammas

Ohne Grund, ohne Sinn, ohne Not? Ohne uns.

Selten klaffen Ziel und Mittel derart krass auseinander, wie bei der Initiative «7 statt 9». Den Zürcherinnen und Zürchern wird wahlweise versprochen, dass sie mit einem Ja am 23. September entweder mehr Geld für die Bildung bereitstellen, den Weg für die Digitalisierung freimachen oder gar aus der Stadt Zürich eine fortschrittliche Arbeitgeberin machen.

Dass die Zahl der Stadtratsmitglieder nichts mit diesen Postulaten zu tun hat, geben die Initianten und ihre Unterstützer mittlerweile offen zu. Ihr Argument: Nur mit einer Reduktion seiner Mitglieder sei der Stadtrat bereit, die von ihnen als segensreich dargestellte grosse Reorganisation der Verwaltung auch anzupacken.

Zürich ist eine erfolgreiche Stadt, weil hier die Kommune mit starken städtischen Betrieben mitredet. In den letzten Jahren hat die Bevölkerung neue Ziele für die Umwelt- und die Wohnpolitik der Stadt definiert, womit auch Anpassungen an der Organisation der städtischen Verwaltung nötig werden. Zum Beispiel bei der

Energieversorgung, wo die drei Energieversorgungsunternehmen der Stadt – ewz, Energie 360° und Fernwärme – sinnvoll zusammengeführt werden sollten.

Dass dies geschehen muss, ist mittlerweile unbestritten – dank einem Postulat von Andreas Kirstein (AL), womit die städtischen Energieversorger in ein demokratisch kontrolliertes Unternehmen zusammengeführt werden sollen.

FDP und GLP möchten aber die städtischen Betriebe für die bereitstehenden Heere der Berater und Anleger öffnen. Damit sind sie in der Vergangenheit meistens gescheitert. Jetzt hoffen Sie, es mit 7 statt 9 zu schaffen.

Ein solches Vorgehen ist widersinnig. Die Verwaltung soll schrittweise und in einem demokratischen Prozess an die neuen Bedürfnisse angepasst werden. Und ohne das grosse Revirement, das schon vielfach versucht worden ist, aber nie zum Erfolg geführt hat.

Walter Angst, AL Gemeinderat

JA zur Film- und Medienkunst

Zürich sieht sich gerne als schweizerische Filmhauptstadt und feiert mit seinen künstlerischen Produktionen häufig internationale Erfolge.

Wenn es um deren Finanzierung geht, zeigt sich der Kanton jedoch knausrig: Nur gerade 4 Prozent aller Kulturfördermittel gehen in den Film. Für die Game- und Medienkunst gibt es gar kein eigentliches Budget. Mit dem Film- und Medienförderungsgesetz kommt am 23. September eine Vorlage zur Abstimmung, welche die Finanzierung dieser Produktionen auf eine solide Grundlage stellt – und dies nicht zulasten der anderen Kulturgattungen.

Filme und Games nehmen uns mit auf virtuelle Reisen in die Welt der Fantasie, erkunden Realitäten, hier und anderswo. Eine starke digitale Medienkultur in Zürich entspricht dem Bedürfnis, neben dem immer dominanteren Mainstream auch hier entstandene Werke sehen zu können.

Mischa Schiow, AL Gemeinderat

Eine Stadt – ein Ausweis für alle

Für Tausende von Menschen ist Zürich ein sehr prekäres Zuhause. In der Stadt Zürich leben geschätzt über 14'000 Sans-Papiers, Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Wer in Zürich lebt, soll in Zukunft eine Züri City Card besitzen. Der Zürcher Stadtausweis soll allen Bewohner*innen von Zürich zeigen, dass sie unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu dieser Stadt gehören. Die Züri City Card soll von allen Behörden, insbesondere von der Polizei, als städtische Identitätskarte anerkannt werden. Mit dem Stadtausweis wären wir alle Zürcher*innen und erst an zweiter Stelle dann Schweizer*innen oder Nichtschweizer*innen.

Wir fordern mit der Petition «Eine Stadt – ein Ausweis für alle» die Einführung einer Züri City Card. Gleichzeitig haben AL, Grüne und SP im Gemeinderat eine entsprechende Motion eingereicht. Damit Zürich eine solidarische Stadt für alle ihre Bewohner*innen wird.

Ezgi Akyol, AL Gemeinderätin

Wolff bleibt Wolff

Nach den Stadtratswahlen wurden die Departemente neu verteilt und Du musstest vom Sicherheitsdepartement (SID) ins Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) wechseln. Was verändert der Wechsel thematisch und politisch für Dich - und die AL?

Ich arbeite genauso motiviert weiter wie vorher. In erster Linie bin ich als gewählter Stadtrat immer verantwortlich für die ganze Stadt. Vom ersten Tag an wurde ich offen und freundlich empfangen von einem Team, das ebenso engagiert und qualifiziert ist wie dasjenige, das ich verlassen habe. Ausserdem habe ich noch Spielraum für personelle Ergänzungen.

Thematisch fällt mir der Einstieg auch deshalb leicht, weil viele Fragestellungen wie Verkehrsplanung, Stadtentwicklung und Umwelt auch meine alten beruflichen Themen sind. Neu ist der Bereich Entsorgung und Recycling. Aber auch im SID musste ich mir vieles neu erarbeiten. Alles, was den Verkehr betrifft und die Raumplanung, finde ich natürlich speziell spannend. Und es freut mich, dass ich diese Themen im TED noch mehr bei mir habe als im SID. Im Vordergrund stehen dabei für mich Geschäfte wie die Velowege und die Velosicherheit. Vor allem was die Mischflächen angeht, möchte ich neue Akzente setzen. Es braucht mehr Platz für Velos, aber mindestens so wichtig ist der Platz für die Fussgänger*innen.

Politisch hat der Wechsel natürlich Vor- und Nachteile. In Kernthemen der AL wie öffentlichem Raum und Sicherheit habe ich nun weniger Einfluss. Velos werden der AL wohl nie so nahegehen wie Personenkontrollen, Überwachung oder Repression. Das kann zugleich ein Vorteil sein. Das Verhältnis von Polizei und Bevölkerung ist eines der schwierigsten Felder überhaupt, und es zu gestalten war für mich und die AL eine Herausforderung und nicht frei von Spannungen.

Diese Spannungen rühren ja auch daher, dass eine Institution wie die Polizei eine strukturelle Eigendynamik aufweist. Hattest Du genug Zeit, um dem entgegenzuwirken?

Viele meiner Inputs und Ideen wurden aufgenommen. Im SID haben wir verschiedenste Fragen immer wieder intensiv diskutiert, wie etwa die Personenkontrollen oder die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Ich glaube, dass das auch im Kommando einiges bewirkt hat. Die fünf Jahre sind im Si-

cherheitsdepartement nicht spurlos vorbeigegangen.

Wir haben mit dem PiuS-Projekt Veränderungen eingeleitet zu den Themen Personenkontrollen und Gewalt gegen Beamte. Das sind Projekte, die nach fünf Jahren nicht abgeschlossen sind. Nun auch die Evaluation und Umsetzung weiter zu begleiten, wäre natürlich schön gewesen, und es schmerzt ein wenig, an diesem Punkt herausgerissen zu werden. Das ist der Grund, warum ich nicht wechseln wollte, aber das ist die Realität der Politik.

Eine der angesprochenen Neuerungen ist die angestrebte systematische Erfassung von Personenkontrollen per App. Stimmen aus der AL oder Organisationen wie die Allianz gegen Racial Profiling haben deutliche Kritik geübt.

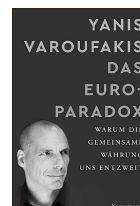
Ich kenne diese. Aber ich sehe auch, was machbar ist und stehe zur App. Es ist ein pragmatischer Schritt in die richtige Richtung. Die Maximalforderung hätte dazu geführt, dass gar nichts passiert wäre. Warten wir die Evaluation ab. Es geht auch darum, die Geschichte und das Knowhow der Polizeiarbeit zu berücksichtigen. Das sind Gegengewichte, die mit einberechnet werden müssen. Aber in der Evaluation sollten in jedem Fall auch die Stimmen der Betroffenen und Kritiker*innen, also z. B. der Allianz gegen Racial Profiling, Platz bekommen.

Fortsetzung auf Seite 6



Richi Wolffs Departementswechsel

AL Buchtipp



Attilio Stoppa empfiehlt:

Yanis Varoufakis «Das Euro-Paradox» Verlag Antje Kunstmann 2016. ISBN: 978-3-95614-126-3

Im Herzen der Krise, die Europa derzeit zu zerreißen droht, steht ein Paradox. Nicht die Kluft zwischen den wirtschaftlich starken Ländern des Nordens und den laschen Ökonomien des Südens oder die Einwanderung treibt die Spaltung voran, sondern die gemeinsame Währung, der Euro. Analytisch brillant lenkt Yanis Varoufakis den Blick zurück auf die wirtschaftspolitischen Wendepunkte des 20. Jahrhunderts. Seit Amerika seine Rolle als Stabilisator der Weltwirtschaft nicht mehr spielt, zeitigen die Konstruktionsfehler des Euro immer dramatischere Folgen. Sollen auch in Zukunft die Schwächsten den Preis für die Fehler der Banker zahlen? Ein neues politisches Konzept ist nötig, um die Krise zu lösen und die europäische Idee zu retten.



Ulrich Brand, Markus Wissen «Imperiale Lebensweise» oekom verlag 2017. ISBN: 978-3-86581-843-0

Die Autoren beschreiben, wie sich die imperiale Lebensweise

in unserem Alltag etabliert hat, so dass wir sie als normal betrachten. Das ist nicht verwunderlich, da die imperiale Lebensweise für Menschen des globalen Nordens ein bequemes und annehmlches Leben ermöglicht. Die Kehrseite davon ist die Ausbeutung von Arbeiter*innen im globalen Süden sowie die Verschmutzung und Zerstörung der Natur. Für Brand und Wissen ist eine sozial-ökologische Transformation nötig, um diese tief verwurzelten und schädlichen Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Das Buch demonstriert, dass die bisherigen Anstrengungen des Green Capitalism nicht ausreichen werden, um die herrschende Logik und die Machtverhältnisse aufzulösen. Nur damit wäre es möglich, auch wirklich die negativen Seiten unserer Konsum- und Produktionsformen zu überwinden. Während das Konzept der imperialen Lebensweise eindrucksvoll dargelegt wird, fällt das letzte Kapitel, in dem Lösungen aufgezeigt werden sollen, deutlich ab.

Zweitwohnungen: Stadtrat legt Hände in den Schoss

Im November 2009 verlangte ich mit einer Motion Massnahmen zur Eindämmung von Zweitwohnungen und Business-Apartments in der Stadt Zürich. Im Juli 2018 (!) legte der Stadtrat dazu einen Bericht vor - und beantragte, nichts zu unternehmen: Der Berg kriesste und hat ein lächerliches Mäuslein geboren (Horaz).

Konkret fordert die Motion, dass Zweitwohnungen, Business-Apartments und Hotelzimmer nicht mehr an den Wohnanteil angerechnet werden dürfen. Die 1980 eingeführten prozentualen Mindestwohnanteile im Zonenplan waren und sind immer als Erstwohnungspläne gedacht und geschaffen, um genügend Wohnraum für die ortsansässige Bevölkerung sicherzustellen. Gemäss geltender Praxis gelten jedoch alle Nutzungen, die dem dauerhaften Aufenthalt von Personen dienen, raumplanerisch als «Wohnen» – also auch Hotels oder sogar Gefängnisse. Damit können bisher dauerhaft vermietete Wohnungen – in der Regel ohne Bewilligung – für Hotel- und hotelartige Zwecke oder in temporär belegte Business-Apartments umgenutzt werden.

Diese Zweckentfremdung wollte ich stoppen. Es handelt sich um ein höchst lukratives Business. Viadukt Apartments bei der Josefweise etwa verlangt je nach Belegung pro Nacht 200 bis 300 Franken, bei Vollbelegung kommen so für eine 2-Zimmer-Wohnung 6000 bis 9000 Franken im Monat zusammen (die Branche rechnet nach eigenen Angaben mit 90 Prozent Belegung).

3157 Tage Verschleppung – um nichts zu tun

Von der Einreichung der Motion bis zum definitiven Antrag auf Nichtumsetzung sind 3157 Tage vergangen: für seine Verschleppungstaktik und Renitenz hat der Stadtrat einen Eintrag im Guinness-Buch der Rekorde verdient! Eingereicht wurde die Motion am 18. November 2009, gegen den Willen des Stadtrats überwiesen am 27. Januar 2010. Am 7. März 2012 beantragte der Stadtrat ihre Abschreibung, ohne das Problem näher zu untersuchen, geschweige denn irgendwelche Massnahmen zu ergreifen. Nach viereinhalb Jahren Zwischenlager in zwei parlamentarischen Kommissionen forderte der Gemeinderat im November 2016 schliesslich eine substantielle Analyse des Prob-



Der Berg hat eine Maus geboren: Grandville

lems und konkrete Handlungsvorschläge.

Fahrländer: Gemeinden haben Handlungsoptionen

Der vom Büro Fahrländer vorgelegte Bericht ist substantiell und informativ, wie vom Parlament verlangt (Details siehe Kasten). Er räumt zudem mit der vom Stadtrat und den Hausjuristen des Hochbaudepartements kolportierten Schutzbehauptung auf, dass der Stadt Zürich baurechtlich die Hände gebunden seien. Wie das Bundesgericht bestätigt habe, liege eine raumplanerische Präzisierung des Wohnbegriffs und eine Differenzierung zwischen Erst- und Zweitwohnungen in der Kompetenz der Gemeinden. Entsprechenden regulatorischen Eingriffen bescheinigt Fahrländer ausdrücklich eine hohe Effizienz. Bei professionellen Anbietern dürfte auch der Vollzug keine Probleme aufwerfen.

Tourismus zählt mehr als Wohnbevölkerung

Und was macht der Stadtrat? Nach der Ablieferung der beiden Fahrländer-Berichte im Dezember 2017 brauchte er nochmals sechs Monate, um einen dünnen, zweiseitigen Stadtratsbeschluss und eine hanebüchene Medienmitteilung zu verfassen. Darin teilt er uns mit, dass er «in den Gebieten mit einem Zweitwohnungsanteil in zweistelliger Höhe» den «Dialog mit den Quartiervereinen suchen» will.

Wirkliches Interesse zeigt der Stadtrat nur an der Tourismusförderung. Er vermerkt erfreut, dass Airbnb mit Zürich Tourismus über eine freiwillige Abgabe verhandelt, und will sich beim Kanton für eine gesetzliche Tourismuspauschale für

Zweitwohnungen und Business-Apartments einsetzen.

Fahrländer bringt auf den Punkt, worum es geht. Gleich eingangs zitiert er das Leitbild der Fachstelle Stadtentwicklung im Präsidialdepartement und hält nüchtern dazu fest: «Dieser Katalog an Zielen verdeutlicht, dass die Stadtentwicklung Zürich sehr umfassende, heterogene und in ihrer konkreten Umsetzung teilweise gegensätzliche Ziele zu verfolgen hat. Klar wird ebenfalls, dass wohnraumpolitische, wirtschaftliche und touristische Anliegen als gleichberechtigt zu gelten haben.»

Mit anderen Worten: Die Mieterinnen und Mieter, die die Kündigung erhalten, weil aus ihrem Miethaus eine Pension gemacht wird, sind der Exekutive schnurz. Jetzt ist es an der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat, hier zu korrigieren.

Niklaus Scherr

3.8% Zweitwohnungen

Bei rund 221'000 Wohnungen weist die Statistik 8391 oder 3.8 Prozent Zweitwohnungen aus (Wohnungen von Wochenaufhaltern werden als Erstwohnungen gezählt). Im Kreis 1 sind es 14 Prozent, in Alt-Wiedikon, im Langstrassenquartier und in Unterstrass stehen jeweils über 400 Wohnungen nicht mehr als Mietwohnungen zur Verfügung. Rund 1500 Wohnungen werden über Airbnb angeboten. Problematisch sind vor allem die spezialisierten Anbieter von Business-Apartments und Pensionen wie visionapartments (Marktführer mit 600 Wohnungen) und Apartments Swiss Star, die zusammen 2643 Wohnungen vermarkten und denen die Studie ein weiteres Wachstum voraussagt. Das sind rekordhohe 30 Prozent des gesamten Hotellerieangebots. In London und New York liegen die Anteile mit 8 respektive 10 Prozent deutlich tiefer.

Unruhe in der Agglo: alternative wetzikon



Bei den Gemeinderatswahlen im April 2018 konnte die alternative wetzikon (aw) ihren Stimmenanteil von 3.41% auf 5.45% steigern und einen Sitz dazugewinnen. Bei den Stadtratswahlen erhielt aw-Gemeinderätin Bigi Obrist 1774 Stimmen, 38 Prozent der Wähler*innen schrieben ihren Namen auf den Wahlzettel. Jetzt zieht sie fürs AL Info Bilanz.

Das AL-Info hat mich um einen Rückblick auf die Wetziker Wahlen 2018 gebeten. Angesichts des Erfolgs, den die aw einfahren durfte, fällt mir das leicht.

Ich muss vorausschicken, dass Wetzikon ein sehr bürgerliches Pflaster ist. Selbst die EVP bewegt sich deutlich rechts der Mitte. Die FDP war jahrzehntelang die mächtigste Partei in Wetzikon. Mit der Einführung des Parlamentes 2014 wurde deren Macht zwar geschwächt, aber ihr neoliberales Gesicht hat sich nicht geändert. Mit SVP, EVP, CVP, EDU, BDP hat sie meist willige Partner. Die bürgerlichen Fraktionen haben zwei Drittel der Sitze inne, zur linken Ratsseite muss in Wetzikon sogar die glp gezählt werden.

In diesem Umfeld also politisiert die aw. Diese Machtverhältnisse befreien aber auch. Statt sich minderheitig zu fühlen und zu taktieren – ja, sich gar anzubiedern – erreichen wir mit unserer gradlini-

gen Haltung durchaus Aufmerksamkeit und Respekt. Meine Präsenz im Parlament mit meinen fundierten und oft auch gegenüber Links eigenständigen Voten hat mir bereits in den vier Jahren Parlamentsarbeit viel Medienpräsenz beschert. Das führt bei der besagten bürgerlichen Mehrheit zwar nicht zu besseren Abstimmungsergebnissen im Parlament, aber man hört mir zu, insbesondere auch in den Kommissionen. Insgesamt erhielt ich auch von bürgerlicher Seite immer wieder mal Support – oft heimlich.

Gute mediale Resonanz

Wir haben einen für unsere Verhältnisse grossen Wahlkampf geführt, und haben sehr viel Zeit, Geld und Energie reingesteckt. Dabei haben wir uns auf allen Ebenen an den Grenzen des persönlich und finanziell Machbaren bewegt. Interessanterweise konnten wir einen guten Support des Zürcher Oberländers und von TeleTop verzeichnen. Diese haben einige unserer Impulse und Ideen während des Wahlkampfs aufgenommen; so hat der ZO den Vorschlag einer Durchdringung des trennenden Bahndamms sehr prominent platziert.

Weil wir nicht in kantonale Designs eingebunden sind, konnten wir auch eine

unabhängige Plakatkampagne führen, welche viel positives Echo ausgelöst hat. Dass ich neben der Kandidatur für das Parlament gleichzeitig auch für den Stadtrat und das Stadtpräsidium kandidierte, sorgte für wichtige Plattformen.

Unser grösstes Potential ist unsere Authentizität. Ich stehe für Minderheiten hin, habe klare strukturelle Vorstellungen und beziehe deutlich Stellung, wenn es um die Kultur und die Stadtentwicklung geht. Und ich kann diese Positionen hinüberbringen, ohne zu schwadronieren oder zu taktieren.

Unabhängig von Rot-Grün positioniert

Die aw hatte aus Gründen der Unabhängigkeit und um unsere Authentizität zu unterstreichen auch entschieden, nicht mit Grün und Rot auf einem gemeinsamen Wahlplakat aufzutreten. Damit haben wir die SP und die Grünen wohl vor den Kopf gestossen, was sich mit unserem Rauswurf auf der SP-aw-Fraktion im Anschluss an die Wahlen bestätigt hat.

Ich denke, dass aber genau diese unabhängige Positionierung der aw mit ihrem eigenständigen Profil dazu geführt hat, dass überraschend oft unsere komplette Liste eingelegt wurde, und ich gleichzeitig so viele Fremdstimmen erhielt, dass ich Panaschierkönigin wurde. Die aw bietet eine tatsächliche Alternative für alternativ denkende und lebende, kulturell engagierte Menschen, die sich von der SP und den Grünen nicht vertreten fühlen. Vielleicht auch, weil – zumindest in Wetzikon – bei beiden Parteien überwiegend VertreterInnen des besseren Mittelstandes die Partei darstellen und das vermittelte Lebensgefühl, im Gegensatz zu uns, nicht eben ein spannendes ist.

Jedenfalls haben wir im Parlament einen zweiten Sitz dazugewonnen. Wir haben die 5-Prozent-Marke geknackt, die CVP überrundet und einen grösseren Stimmenzuwachs als Grüne und SP erzielt, die beide keinen Sitzgewinn verzeichnen konnten. Und bei den Stadtratswahlen habe ich über Erwarten gut abgeschnitten: es fehlten nur gerade rund 100 Stimmen zum absoluten Mehr, welches auch der SP-Kandidat verfehlte, weshalb der einzige linke Sitz im siebenköpfigen Stadtrat erst im 2. Wahlgang gesichert werden konnte.

Bigi Obrist, alternative wetzikon

Eingegrenzt im Bezirk Bülach

Ein heisser Sommersamstag noch vor den grossen Ferien. Bülach ist die erste Station der Info-Tour, die das Bündnis „Wo Unrecht zu Recht wird“ derzeit durch den Kanton Zürich veranstaltet, um auf die menschenunwürdigen Bedingungen in den Notunterkünften für abgewiesene Asylsuchende aufmerksam zu machen: ein Infostand am Vormittag in der Altstadt, anschliessend Mittagessen, Kasperlitheater und Diskussion. Im September ist Urdorf dran. Unter den Bäumen hinter dem reformierten Kirchgemeindehaus sind die Tische gedeckt. Das Essen, das ein paar Bewohner der Notunterkunft (NUK) Rohr in Kloten/Glattbrugg gekocht haben, ist sensationell. Die AL grüsst mit einem Vorspeisenbuffet, das Mischa Brutschin vom Bündnis aus Zürich mitgeschleppt hat. Ausser den NUK-Bewohnern selbst sowie dem eingespielten Team der Bündnis-Leute sind es nur ein paar versprengte Besucher*innen, die den Weg zum Anlass gefunden haben. Trotz der vielen Flyer auf der Strasse, trotz einem geradezu unverschämt gut platzierten Artikel im „Zürcher Unterländer“. Hinter die Grenze der „Eingegrenzten“, so scheint es, reicht die Reichweite der Medien nicht. Hier braucht es zuerst persönliche Begegnungen. Und die gibt es in Bülach. In die Deutschkurse für Asylsuchende, die hier viele Freiwillige seit bald drei Jahren anbieten, kommen seit anfangs Jahr auch Männer aus der NUK Rohr. In meiner Klasse sind es drei. Anders als die Asylsuchenden, die noch auf ihren Bescheid hoffen, sind sie ohne jede Perspektive und erleben zusätzlich unverständliche, unnötige Schikanen. So ist es klar, dass wir für den Aktionstag in Bülach die Infrastruktur anbieten. Beim Bündnis „Wo Unrecht zu Recht wird“ vereint sich der politische Widerstand gegen das harte Regime in den Zürcher Notunterkünften mit viel professioneller und zugewandter Kleinarbeit – mit juristischen Beratungen, regelmässigen Besuchen, gemeinsamem Kochen. Dieser Mix schafft eine Atmosphäre, die von der Ohnmacht ins Handeln führt. Auch der Anlass in Bülach hat diese entschlossene und doch entspannte Selbstverständlichkeit.

Maria Eisele

Fortsetzung von Seite 3

Welche grossen Geschäfte siehst Du im TED für die kommenden Jahre?

Ein grosses Geschäft, das ansteht, ist der Masterplan Klima. Bisher wurde das Klima vor allem als globales Problem thematisiert. Mit den neuen Daten, die wir haben, ändert das, weil sie ein dramatisches Ausmass bei der kleinräumigen Erwärmung anzeigen. Daran müssen wir in den nächsten Jahren intensiv und departementsübergreifend arbeiten, um raumplanerische Antworten zu finden. Ich denke da an Grünräume, Vertikal- und Dachbegrünungen, Bäume und Allees im öffentlichen Raum, mehr Wasserflächen, die Entsiegelung der Böden. Und ein ganz grosses Thema ist die Durchlüftung. Der erwähnte Datensatz enthält beeindruckende Karten der abendlichen Kaltluftströme in der Stadt Zürich vom Käferberg, Uetliberg oder Zürichberg, die zum Teil durch Bebauungen aufgehalten und blockiert werden. Die Auseinandersetzung mit dem innerstädtischen Klima wird Mainstream werden.

1893 und 1934 hat sich die Stadt durch politische Eingemeindungen massiv vergrössert – auch um sozialen Fragen zu begegnen. Auch heute hört die

Stadt nicht an den Stadtgrenzen auf. Wie siehst Du das als Stadtrat?

Das ist ein Thema im Stadtrat. Die Stadt ist ja eigentlich längst zu klein für das, was sie leisten muss. Wir kooperieren intensiv mit Umlandgemeinden wie Adliswil, Langnau, mit Gemeinden aus dem unteren Teil des Seebeckens, dem Glatttal und dem Limmattal. Faktisch sind diese beinahe Teil der Stadt und in Deutschland wären sie längst eingemeindet worden. Dort gab es in den 1960er und 1970er Jahren eine dritte Welle der Eingemeindung. Diese lässt sich in Zürich heute so nicht nachholen.

Was den Kanton angeht, hat sich zwar die Anerkennung verbessert, dass die Stadt ein fähiger und wichtiger Partner ist, den man nicht umgehen sollte. Leider aber hat der Kanton bei Anliegen, die die Stadt betreffen, oft nicht die gleichen Ansichten wie wir. Der Kanton berücksichtigt zu wenig, dass die Stadt zentral verantwortlich ist für den Wohlstand des Kantons. Viele Menschen aus dem Kanton arbeiten in der Stadt. Die Stadt erbringt Leistungen in Bildung, Kultur und Infrastruktur für die Agglomeration. Eigentlich liegt es also im kantonalen Interesse, dass die Stadt als Stadt gut funktioniert. Und das tut sie ja auch. Ihr Erfolg, auch im internationalen Vergleich, beweist das.

Interview: Marco Toscano

Baurecht statt Landverkauf!

„Da muss man doch was machen!“ – so heisst es jeweils, wenn wieder ein beliebtes Lädli durch eine globale Kette oder preiswerter Wohnraum durch Luxuswohnungen ersetzt wird. Allerdings: was auf einem Stück Land passiert, entscheidet am Schluss immer noch die Eigentümerin oder der Eigentümer. Da mag mancher Entscheid ärgerlich sein, aber die geltende Rechtsordnung erlaubt das so.

Das Fazit ist klar: Wer eine Stadt gestalten will, muss im Besitz von Grund und Boden sein. Zwar gibt es auch noch andere Werkzeuge, am Ende läuft es aber immer beim Eigentum zusammen. Ende 2013 habe ich eine Motion eingereicht, wonach die Stadt Winterthur künftig Land nicht mehr an Private verkaufen, sondern nur noch im Baurecht abtreten soll. Im September 2015 hat sie der Grosse Gemeinderat erheblich erklärt. Der Stadtrat – in seiner alten Zusammensetzung – war not amused. Er hat dem Parlament auch nur widerwillig eine Umsetzungsvorlage unterbreitet und gleichzeitig deren Ablehnung beantragt.

Im November stimmen wir über eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung ab. Danach darf die Stadt ihr Land nur noch im Baurecht abgeben – in Ausnahmefällen wie bei einem Landabtausch oder einer kleinen Arealfläche sowie im Rahmen von Gestaltungsplänen sind Verkäufe weiterhin möglich. Damit verhindern wir, dass die Stadt immer mehr Einflussmöglichkeiten aus der Hand gibt.

Der Verlockung, die klammen Kassen mit dem Verschern von Land aufzumöbeln, erliegt die Exekutive nur allzu oft. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Stadtrat bürgerlich oder rot-grün dominiert ist: Arch-Areal, Zeughauswiese oder der geplante Grossverkauf an den Investor Isaac Schapira – bei der Suche nach Verkaufsargumenten sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Behalten wir die Gestaltungsmöglichkeiten, für uns und unsere Nachkommen, und fördern wir langfristige Projekte: Baurecht statt Landverkauf!

David Berger, Gemeinderat AL Winti

Sparen ohne Ende und Ziel



Mit viel Trara lancierte der Regierungsrat das Sparprogramm L16. Laut Kantonsverfassung muss das Budget des Kantons mittelfristig – im Schnitt über sieben Jahre – ausgeglichen sein. Die Verfassung besagt auch, dass das vom Regierungsrat vorgegebene Sparziel vom Kantonsrat zwingend innert sechs Monaten erreicht werden muss.

Die Diskussion zum Finanzausgleichsgesetz gab Anlass, Bilanz zu ziehen. Ich konnte in der Debatte darauf hinweisen, dass die Rechnungen des Kantons viel besser als prophezeit ausgefallen sind. Das Ganze war eine grosse Sparübung auf dem Buckel der Kleinverdiener. Überall wo die Regierung die bürgerliche Klientel belasten wollte (Steuer für Privatspitäler, Begrenzung des Pendlerabzugs auf CHF 3'000 etc.), wurden die Anträge vom Kantonsrat gekippt. Wo es die kleinen Leute traf, wurde das Sparziel durchgezogen, so musste etwa die Lehrwerkstätte für Mode

die Tore schliessen. Das von der Regierung gesetzte Sparziel von 495 Millionen Franken wurde um über 200 Millionen klar verfehlt. Niemand sprach von Verfassungsbruch, weil auch den bürgerlichen Parteien die ganze Sparübung langsam ungeheuer und lästig wurde. Diskussionen über diese nicht mehr gerechtfertigten Kürzungen sollen vermieden werden, damit nicht auffällt, dass diese nicht angebracht waren. In der Debatte erklärte ich, dass der mittelfristige Finanzausgleich keine Steuerung der Finanzpolitik bringt und nur als Vorwand für Abbauprogramme dient. Dieses Konstrukt gehört abgeschafft.

Wer die Zeche für die Sparübungen bezahlt, zeigte sich in der Beratung des EKZ-Gesetzes. In Zukunft sollen die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich jedes Jahr 30 Millionen an den Kanton abliefern. Kaspar Bütikofer wies darauf hin, dass damit die Strompreise für die Kleinkunden künstlich hochgehalten werden und diese so die vergangenen und künftigen Steuersenkungen, von denen die Gutverdienenden profitieren, bezahlen müssen.

Markus Bischoff, AL Kantonsrat

Escher und die Sklaverei



Vor den Sommerferien debattierte der Gemeinderat über ein von SP und AL ein Jahr zuvor eingereichtes Postulat. Der Stadtrat wird darin aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Hinblick auf die 2019 zum 200. Geburtstag der beiden Zürcher Persönlichkeiten Alfred Escher und Gottfried Keller geplanten Feierlichkeiten unter dem Motto „Spuren der Zukunft“ auch der historisch-kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Platz eingeräumt wird.

Eschers Familie hatte zwischen 1815 und 1845 eine Sklavenhalterplantage auf Kuba gehört. Die Eschers waren bei weitem nicht die einzigen Schweizer, die im 19. Jahrhundert vom transatlantischen Sklavenhandel profitierten. Erträge und späterer Verkauf der Kaffeeplantage erlaubten der Familie Escher unter anderem den Kauf des Belvoirparks mit Villa, weshalb das Postulat auch vorschlägt, die Erinnerung an dieses dunkle

Kapitel der Schweizer Geschichte in Form einer Gedenktafel in eben diesem Park sichtbar zu machen.

Die Sklavereiforschung kann heute belegen, dass sich Schweizer Bürger*innen, (halb)staatliche Körperschaften (zum Beispiel die Zürcher Zinskommission) und auch Städte wie Bern, Solothurn oder Zürich am Handel mit Produkten, die aus Sklavenarbeit entstanden, an Finanzanlagen in Kolonialgesellschaften, am transatlantischen Sklavenhandel, an Sklavenbesitz und an militärischen Einsätzen gegen Sklaven durch Schweizer Söldner beteiligten. Schätzungen weisen darauf hin, dass mit Schweizer Beteiligung über 100'000 Sklav*innen verschleppt und auf Plantagen in den beiden Amerikas ausgebeutet wurden.

Im Gemeinderat liessen trotz Faktenlage die üblichen Abwehrmechanismen von bürgerlicher Seite nicht lange auf sich warten. Wenn am Mythos der moralisch und politisch allzeit erhabenen Schweiz gerüttelt wird oder – oh, weh – am Image eines ihrer berühmten Exponenten, wird Forschung schnell als ideologisch moti-

Unruhe bewahren

27. Juni: Der Zürcher Gemeinderat überweist eine Motion der AL zur Gesundheitsversorgung von „Sans-Papiers“. Die AL fordert vom Stadtrat ein Pilotprojekt für Personen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben.

11. Juli: AL-Fraktionserklärung zum Stadionprojekt auf dem Hardturm-Areal. Die AL fordert, dass die Vorlage vors Volk kommt.

11. Juli: Gleichzeitig zur Lancierung einer Petition des Vereins Züri City Card an den Stadtrat reichen AL, Grüne und SP eine Motion für die Einführung einer städtischen Identitätskarte ein

17. August: Ein linksalternatives Komitee unter federführender Beteiligung der Alternativen Linken Bern hat am 15. August über 12'000 beglaubigte Referendums-Unterschriften gegen die repressive Verschärfung des Berner Polizeigesetzes eingereicht.

29. August: Alternative Liste beschliesst Stimmfreigabe zum Stadionprojekt im Hardturmareal — keine Unterstützung der SP-Initiative. Die Befürworter*innen sprechen der Vorlage ihre Unterstützung aus, weil nur damit ein Stadion am Hardturm in greifbare Nähe rückt und 174 gemeinnützige Wohnungen entstehen werden. Die Gegenseite führt an, dass mit dem gewählten Modell einer Public Private Partnership Stadt und Private jeweils einen Teil zum Projekt beisteuern, während alle Gewinne in privater Hand verbleiben würden.

29. August: Die AL Vollversammlung gibt grünes Licht für den Regierungsrats-Wahlkampf.

1. September: Demo für sichere Fluchtwege und ein solidarisches Zürich! Angesichts der aktuellsten Entwicklungen auf dem Mittelmeer – der Kriminalisierung ziviler Seenotrettungsboote und der Schliessung der Häfen für gerettete flüchtende Menschen – organisiert war die AL an der Seebrücke-Demo in Zürich.

vierte Geschichtsschreibung abgetan. Die Ratsmehrheit hielt den Anspruch auf die „ganze“ Wahrheit für gerechtfertigt und hat das Postulat überwiesen.

Andrea Leitner, AL Gemeinderätin

Eppur si muove

Noch im Januar erklärte uns die Stadtpräsidentin, sie hätten mit der SBB AG sehr hart verhandelt, mehr als das ausgehandelte Drittel gemeinnütziger Wohnungen auf dem Neugasse-Areal liege nicht drin. Doch jetzt zeigt der Druck der «Noigass»-Initiative erste Wirkung: der Bahnkonzern erklärt sich bereit, zusätzlich ein Drittel der Wohnungen auf dem Neugasse-Areal zu „preislich limitierten Mieten“ anzubieten. Ein erstes Schrittlchen in die richtige Richtung.

Eppur si muove – aber wie weit wirklich? Das ist hier die Frage. Die versprochenen „preislich limitierten Mieten“, wie sie die SBB versteht, sind offenbar ein Hybrid: in der Zuschrift an den Stadtrat werden sie als «Mittelwert zwischen gemeinnütziger und Marktmiete» definiert. Offen bleibt, ob die Mietzinse dauerhaft oder – wie etwa im Kanton Genf – nur während einer Frist von 10 Jahren begrenzt werden sollen. Grundsätzlich gilt: Nur das Regime der Kostenmiete garantiert mittel- und langfristig bezahlbare Mieten. Selbst der bürgerliche Regierungsrat definiert die Preisgünstigkeit in seiner soeben erlassenen «Verordnung über den preisgünstigen Wohnungsbau» explizit auf Grundlage der bewährten Kostenmiete, mit limitierten Land- und Erstellungskosten. Das Rad muss also nicht neu erfunden werden.

Von den rund 1'400 in den letzten Jahren auf SBB-Arealen gebauten oder geplanten Wohnungen entfällt nur ein bescheidener Teil (Letzibach D, Zollhaus) auf gemeinnützige Bauträger: dieses krasse Missverhältnis wird mit dem vom Stadtrat vollmundig als «Umsetzungsvorschlag» verkauften SBB-Angebot nicht korrigiert.

Und überhaupt: Heute freiwerdende SBB-Areale sind einst für einen öffentlichen Zweck erworben oder enteignet worden und sollen deshalb grundsätzlich weiterhin öffentlichen Zwecken dienen. Auch die SBB AG als 100 Prozent volkseigener Betrieb muss ihre Areale zur Realisierung des wohnpolitischen Grundsatzartikels – ein Drittel gemeinnützige Wohnungen bis 2050 – zur Verfügung stellen.

Niklaus Scherr

Röschibachplatz, Wipkingen – dialektisch



Auf dem Röschibachplatz im Zürcher Kreis 10 wimmelt es von Widersprüchen.

Als Herz, pulsierendes Zentrum, ja Seele von Wipkingen gilt der Röschibachplatz, besonders seit ihm 2015 gleich mehrere neue Herzklappen verpasst worden sind. Der Quartierverein zeigte sich damals stolz, dass er die Stadt zu einem Mitwirkungsverfahren mit der Quartierbevölkerung zwingen konnte; die Stadt war noch stolzer und liess den partizipativen Prozess sogar filmen. Und alle beide waren stolz auf ein gelungenes Stück Quartieraufwertung ganz ohne Rekursflut.

Der Platz ist zwar immer noch kein Bijou: eine schiefe Kiesfläche mit kahlen Stellen, ein paar Jungbäume mit Rundbänken, zwei Haifische, eine Telefonkabine, ein Brunnen. Er ist jedoch zugegebenermassen ein grosser Gewinn fürs Quartier, und es ist sehr schwer, an den Aufwertungsmassnahmen herumzumäkeln. Ich habe es versucht. Da waren zum einen die alten Robinien, die den neuen Japanischen Schnurbäumen weichen mussten, und die ewig gleiche Ausrede des Tiefbauamtes, dass die alten es sowieso nicht mehr lange geschafft hätten. Das Internet stimmte mich um: Robinien verbreiten hochallergene Pollen, Schnurbaumwirkstoffe bekämpfen Venenschwäche. Was will man da noch sagen.

Dann: Wer setzt sich schon auf diesen schiefen Kiesplatz, auch wenn der aus teurem Netstaler Mergel besteht? Ehrlich? Heute setzen sich alle dahin. Machen sogar Nickerchen auf den Bänken. Alte und Teenies, Hipster, Dorfpunks, Frühaufsteher, Nachteulen, Sportaffine, Pick-

nickerinnen, Ladeninhaber, die Alteingesessenen und die Neuen. Wirklich alle. Und das, obwohl man den Platz mit staubigen Hosenbeinen verlässt.

Dem Platz kann man nicht einmal vorwerfen, dass er an der Verteuerung des Wipkinger Wohnraums und an der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen schuld ist. Diese Entwicklung begann bereits viele Jahre zuvor, als diverse Wipkinger Quartierstrassen verkehrsberuhigt wurden.

Der Platz funktioniert so gut, dass die Stadt 2016 einen sogenannten Erhebungsbericht anfertigen liess, mit leicht unheimlich anmutenden Beobachtungsprotokollen, in denen man sich unter Umständen wiederfindet. Dem Fazit dieses Berichts fehlt meines Erachtens ein wichtiger Umkehrschluss.

Zweifelsohne belebt dieser kleine, allen zugängliche Ort mit dem erweiterten Trottoir für die Szenebar, der Einbahnstrasse, den Baum- und Bankarrangements, den Angeboten von Wochenendmarkt über Hale-Bob-Winter-Beleuchtung bis zu Open-Air-Kinoabenden die Quartiergemeinschaft. Umgekehrt gilt jedoch – und das ist viel entscheidender – dass solchen Orten nur dank einer intakten Nachbarschaft aus Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen Leben eingehaucht wird. Sie sind genau genommen das pulsierende Herz eines Quartiers. Und nie die städteplanerische Massnahme – das gilt es zu bedenken.

Andrea Leitner, AL Gemeinderätin